

ALG - I

Warum nicht statt
verlängertem Leistungsbezug
verbesserte Vermittlungstätigkeit
während des Bezugszeitraum?

[siehe Vorschlag
in einer Korrespondenz
mit WELT-Redaktion]

Fritz W. Peter

11. Okt. 2007

Kommentar zum WELT-Leitartikel v.10.10.07, S. 8, betreffend die Haltung der Koalitionsparteien in der Arbeitsmarktpolitik – thematisches Stichwort: ALG I, Dauer des Leistungsbezugs, insbes. für Ältere:

„Kraftlos, Mutlos“, v. Mariam Lau

From: [Fritz W. Peter](#)

To: [Mariam Lau](#)

Cc: [Thomas Schmid](#)

Sent: Thursday, October 11, 2007 3:35 PM

Subject: Kraftlos, mutlos, lau ...

... ist er NICHT -- der Leitartikel vom 10.10.07 !

Vielen Dank, liebe Frau Lau!

In drei Spalten haben Sie alles Wesentliche zusammengefasst -- fast alles! Aber darauf komme ich gleich.

Zunächst nochmals besten Dank!

Sie appellieren an die Splittergruppe innerhalb der Spd, die Thomas Schmid die „Verstandes-Sozialdemokraten“ nennt. Und Sie appellieren (mehr oder weniger) an den Wirtschaftsflügel der CDU, also insgesamt an die Verstandesdemokraten innerhalb des kohabierenden „regierenden“ politischen Republikpersonals.

Sie empfehlen der Kanzlerin und der CDU optimistisches **kraftvolles, mutiges (statt lauem) Handeln**: „In der SPD könnten sie etliche Mitstreiter finden“, so Ihr vorletzter Satz. „Warum den Triumph wieder Lafontaine überlassen?“, so Ihr letzter Satz. Meine Befürchtung ist: Lafontaine wird sich so oder so bedanken können. Der deutsche Wähler straft sie alle ab, außer jene, die es verdient hätten, sprich: die sozialen Demagogen.

Dennoch, ich teile Ihre Meinung: Reformpolitik muss herbeigeboxt werden. Wie einst „Rocky“ im Ring -- man darf sich nicht unterkriegen lassen. Und wenn das Gesicht noch so zerdebbert aussieht und der Körper wankt. Das Wagnis, mutig festzuhalten an Reformelementen und diese auszubauen, muss eingegangen werden. Wegen der Schmerzen wird man dann umso mehr Palliativpolitiker beschäftigen können, in Spd und Union. Das Geheimnis lautet: Man muss sie beschäftigen, die Berufspolitiker! [... Frau Merkel hat dies bisher geschickt verstanden.]

Hierzu eine Idee -- sie ist ernsthaft und zwingend und ich wäre dankbar, sie würde aufgegriffen. Autorenrechte sind mir nicht wichtig. Es geht mir um möglichst große Chancen für die Generation meiner Kinder (die eigenen gehen auf Mitte zwanzig zu).

Wenn man tatsächlich die Förderung für diejenigen, die länger eingezahlt haben, erhöht (und es sieht ja mehr und mehr so aus, dass es dazu kommt), warum dann durch eine Verlängerung der Förderungsdauer und warum nicht durch höheren Mitteleinsatz schon während des einjährigen Zeitraums der ALG-1-Zahlung ? ? ?

Dies könnte geschehen, indem die arbeitsmarktlichen Vermittlungsanstrengungen für den Einzelnen während des 1-jährigen Leistungsbezugs zielorientiert intensiviert werden, so dass die Chancen auf Rückkehr ins Arbeitsleben innerhalb dieses Jahres (statistisch und für die Betroffenen spürbar und fruchtbar) steigen.

Für einen Übergangszeitraum bis zur nächsten Bundestagswahl könnte das Modell erprobt werden. Auf Basis der dann vorliegenden Statistik könnte neu debattiert und gerungen und geboxt werden. Der Fight wird ja nie zuende sein. Deswegen ist das Bild vom Boxkampf auch falsch. Es geht immer weiter. Die Schläge hören nicht auf. Sie müssen auf verkraftbare Wirkung heruntermoderiert werden, ohne deswegen *kraftlos* zu sein; sie müssen das Risiko begrenzen, ohne deswegen *mutlos* zu sein; und sie dürfen *lau* sein, wenn sie zugleich effektiv sind.

Die Intensivierung der Förderung Älterer (um die es hier ja in der Hauptsache geht, denn nur sie haben lange Vorlaufzeiten, in denen sie eingezahlt haben) kann durch konkretere Betreuung, besseres Coaching, unmittelbare Unterstützung durch eine *wettbewerbsorientierte*, ausgewählte Mannschaft innerhalb der Arbeitsagenturen erreicht werden. Mit Zielvereinbarungen und marktwirtschaftlichen Anreizen für die Vermittlung zur Steigerung der Ergebnisorientierung lässt sich noch viel machen.

Zahlreiche Vorschläge liegen auf dem Tisch. Die Politik sollte sie bündeln. Unsere besten Medien sollten sie dabei unterstützen. Dies alles passt in die Perspektive einer *Bildungs- u. Zukunftsgesellschaft*, einer *aktiven* Gesellschaft und in das Bild eines „vorsorgenden Sozialstaats“.

Es wäre für letzteren sogar eine Beweisführung: Quod erat demonstrandum!

So könnte man dann Lafontaine den Triumph nehmen, sogar ohne dass man ihn erst wieder, wie Joseph Fischer jetzt vorschlug (ironisierend oder resignierend?), zum Finanzminister zu machen, damit sein (Oskars) Scheitern diesmal tatsächlich endgültig ist, Wirklichkeitsferne *belegt* und Demagogie nachhaltig *widerlegt*.

Ergänzend zu Ihrem Leitartikel, für den ich mich hier ein drittes Mal wegen der kompakten, berechtigten und nach beiden Seiten fair austeilenden Kritik mit Nachdruck bedanke, müsste Ihnen eigentlich -- vom Titel und Inhalt her -- auch anliegender Beitrag gefallen: „Merkels Linie im Für und Wider. Teil 5“, Web-Adr. www.wadinet.de/news/dokus/2007_Merkels-Linie-im-Fuer-und-Wider.pdf.

Außerdem füge ich diesen Text als Anlage bei. Er enthält auch weitere Verweise, jenseits der Themen der bunderepublikanischen Provinz (die aber ebenfalls der Provinz den Spiegel vorhalten).

Herrn Schmid, den ich im Text erwähne, möchte ich in Kopie mit anschreiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Fritz W. Peter

[der Leitartikel v. Fr. Lau ist unten wiedergegeben]

From: mariam.lau@welt.de

To: peter@4pe.de

Sent: Thursday, October 11, 2007 4:47 PM

Subject: AW: Kraftlos, mutlos, lau ...

Sehr geehrter Herr Peter,

vielen Dank für Ihre Zuschrift. Sehr schön finde ich das Bild von Rocky – genau so läuft es ja. Was den Vorschlag betrifft: ich bin der Meinung, wenn man jetzt da anfängt, einzelne Schneisen reinzuschlagen, dann werden die Gewerkschaften nicht eher ruhen, als bis die ganze Hartz IV-Reform komplett zurückgenommen ist. Wehret den Anfängen!

Beste Grüße,

Mariam Lau

Chefkorrespondentin DIE WELT

From: Fritz W. Peter

To: mariam.lau@welt.de

Sent: Thursday, October 11, 2007 11:14 PM

Subject: Re: Kraftlos, mutlos, lau ...

Sehr geehrte Frau Lau,

Sie haben sicher herausgehört, dass ich von der Qualität Ihres Artikels angetan war. M.E. gab Ihr Beitrag eine richtige Übersicht über das vergangene Geschehen und beschrieb zugleich den Anteil, den beide politischen Lager an der wackeligen Situation haben. Freilich wird man wohl annehmen müssen, dass den „Anfängen nicht gewehrt werden wird“. Daher mein Vorschlag zu überlegen, wie man es bei einem Jahr belassen, aber die Förderung für die Älteren besser ausstaffieren kann. Das brächte allen Seiten Vorteile und ließe sich möglicherweise quer durch die Lager den wichtigsten Entscheidern als Kompromissposition abhandeln.

Bitte nehmen Sie sich die Zeit, meinen angehängten Text „Merkels Linie im Für und Wider“ zu lesen -- ich darf ihn hier nochmals beifügen. Behandelt ist dort am Beispiel einiger weiterer Themen die Grundfigur der Vermeidungsstrategien, wie wir sie leider allzu regelmäßig auch in der Sozial-, Innen- und Wirtschaftspolitik finden.

Beste Grüße,

Fritz W. Peter

Anhang: www.wadinet.de/news/dokus/2007_Merkels-Linie-im-Fuer-und-Wider.pdf

Leitartikel: Die Union und die Arbeitsmarktpolitik

Kraftlos, mutlos

Von Mariam Lau

"Eines Tages", so hat Franz Müntefering kürzlich im Interview gesagt, "werden wir uns alle zusammen mit der PDS treffen, gemeinsam alte Lieder singen und sagen: so, jetzt ist alles in Ordnung." Der Tag ist nicht mehr fern. Die Empörung in der Unionsspitze über die Abkehr des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck von der Philosophie und den Buchstaben der Agenda 2010 gibt nicht einmal mehr schlechtes Schmierentheater ab. Alle wissen: es war die Union, die mit ihrem Parteitagsbeschluss von Dresden vor einem Jahr lange vor der SPD den Anfang gemacht hat. Auf Drängen des selbst ernannten "Arbeiterführers" Jürgen Rüttgers hatte sie damals gefordert, älteren Arbeitslosen länger Unterstützung zu zahlen - wohl wissend, dass damit der "Systembruch" mit der Reformpolitik gedanklich längst vollzogen wird, den man Kurt Beck jetzt vorwirft. Wieder würde so in die Arbeitslosigkeit investiert statt in die Arbeit. Die Frühverrentung würde weiter subventioniert, und die Rente ab 67 wäre damit gestorben, denn ältere Arbeitnehmer würden wieder früher abgefunden und aus dem Arbeitsleben verabschiedet, obwohl die Reform gerade anfing, Früchte zu tragen. Wieder würde die Arbeitslosenversicherung mit einem Sparvertrag verwechselt. Was die Kanzlerin von dieser Lage denkt, weiß mal wieder niemand. Dem Vernehmen nach hält sie einen Kompromiss nicht für den Untergang des Abendlandes.

Hinter vorgehaltener Hand beteuern Parteistrategen der Union verschlagen, man habe doch damals in Dresden in der sicheren Überzeugung gehandelt, dass Rüttgers' Forderungen in der Koalition ohnehin keine Chance haben würden. Man wollte es also der SPD überlassen, Nein zu sagen, und die hat das auch standhaft ein Jahr lang getan. Jetzt, wo sie mit Umfragewerten im Keller für ihre Konsequenz in Sachen Hartz IV bezahlt hat, wirft die Union ihr die weichen Knie vor und vergießt Krokodilstränen über die Demontage des Franz Müntefering, der weit und breit der einzige Verteidiger der Agenda 2010 zu sein scheint. Gewiss: in Dresden hatte man zum Ausgleich auch eine Lockerung des Kündigungsschutzes beschlossen. Aber davon ist seither nie wieder die Rede gewesen. Inzwischen schwant vielen in der Union auch, dass es vermutlich schlauer gewesen wäre, sich einen niedrigen gesetzlichen

Mindestlohn von fünf Euro abhandeln zu lassen und dafür eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu erreichen. Mit dem jetzigen faulen Kompromiss der permanenten Ausweitung des Entsendegesetzes auf immer neue Branchen hat man sich viel höhere Mindestlöhne eingebrockt, ohne beim Kündigungsschutz weitergekommen zu sein - und das alles nur den Umfragewerten zuliebe.

Ja, raunt es einem resigniert entgegen, aber die Deutschen wollen nun einmal keine Reformen! Die Deutschen wollten auch keine Westbindung, keine soziale Marktwirtschaft, keine Wiedergutmachung, keine Nato-Nachrüstung und keinen Euro. An den großen Wegmarken der Bundesrepublik standen fast immer Eliteprojekte, die schon wenig später Teil der Leitkultur wurden.

Für solche Lebenslagen hat man schließlich eine große Koalition: Die handelt, wenn es gut läuft, nicht nur für die Wähler von heute, sondern auch für deren Kinder und Kindeskinde. Es ist den Demagogen und Populisten gelungen, das Wort Reform klingen zu lassen wie eine Wurzelbehandlung ohne Betäubung, die nur Gesunde trifft. Kein Wunder. Die Bundeskanzlerin nutzt ihre außerordentliche Beliebtheit zwar, um für Klimaschutz und Krippenausbau zu werben. Auch der Empfang des Dalai Lama macht einen prima Eindruck (die Folgen darf der SPD-Außenminister ausbaden, der bei den Chinesen wieder gut Wetter machen muss). Wirklichen Mut erfordern diese Themen nicht. Bei Afghanistan wird es ernst und beim Arbeitsmarkt richtig heikel.

Dass sich die Union gerade da schwer tut, ist nicht neu. Die Ära Kohl ging ins Land, ohne dass eine Privatisierung der Altersvorsorge angegangen worden wäre, mit einem riesigen Berg Schulden, der auch daraus entstanden war, dass man lieber die Frühverrentung subventionierte als den Druck zur Arbeitssuche zu erhöhen. Die wenigen Vorstöße zur Reform, die damals unternommen wurden, stoppte allerdings die SPD, damals noch mit Oskar Lafontaine, im Bundesrat.

Mit der Generation nach Norbert Blüm - CDU-Politikern wie Peter Müller, Ole von Beust, Michael Meister oder Ursula von der Leyen, verfügt die Partei aber eigentlich über eine ganze Reihe von Personen, die durch ihre Biografie durchaus verdeutlichen können, dass der Ausstieg aus der "palliativen Sozialpolitik" nichts mit sozialer Kälte zu tun hat. In der SPD könnten sie etliche Mitstreiter finden. Warum den Triumph wieder Lafontaine überlassen?

http://www.welt.de/welt_print/article1249678/Kraftlos_mutlos.html